

Projektpartnerschaft „Transparenz und Respekt“ ist gestartet

Ariane Kehr

Teilprojekt im Flüchtlingsrat fördert Vielfalt der politischen Beteiligung in der Kommunalpolitik

Ziel der durch den Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds (AMIF) finanzierten und den Flüchtlingsrat koordinierten Projektpartnerschaft „Transparenz und Respekt“, ist die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes durch den Abbau von diskriminierenden Strukturen in Schleswig-Holstein.

In dieser Partnerschaft sind der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V. und der Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein e.V. seit Beginn 2021 gemeinsam tätig. Das Teilprojekt des Flüchtlingsrats „Neue Heimat – Räume für Begegnungen und interkulturelles Handeln“ stärkt die politische Beteiligung nach einem inklusiven Ansatz der politischen Bildung.

Einwandernde setzen Vertrauen in deutsche Politik und Parteien

Menschen die selbst oder deren Eltern nach Deutschland eingewandert sind, beteiligen sich insgesamt weniger häufig politisch und zivilgesellschaftlich als Menschen ohne Migrationsgeschichte, obwohl sie statistisch eine höhere Bereitschaft für

Neue Heimat

Räume für Begegnung und interkulturelles Handeln

zivilgesellschaftliches Engagement haben und häufig zu Beginn ihrer Ankunft mehr Vertrauen in Politik und Parteien von Deutschland setzen (Sachverständigenrat Forschungsbereich (SVR-FB) 2020, <https://bit.ly/3ufjtzL>).

Dabei ist aus bisheriger Forschung bekannt, dass die Faktoren Zeit, Wissen, soziale, sprachliche und organisatorische Fähigkeiten sowie Geld, die politische oder zivilgesellschaftliche Beteili-

gung beeinflussen. Daneben beeinflusst auch das individuelle Wertesystem und die gezielte Ansprache durch Dritte die Beteiligung (vgl. Modell zum zivilgesellschaftlichen Engagement, Civic Voluntarism Model). Auch ein höherer Bildungsstand, ein höheres Alter und eine cis-männliche Geschlechtsidentität (www.queer-lexikon.net/2017/06/15/cis/), erhöhen die Wahrscheinlichkeit sich politisch oder zivilgesellschaftlich zu engagieren (siehe SVR-FB).

Wenig Vielfalt in den politischen Vertretungen Deutschlands

Insbesondere die politische Beteiligung als auch die Vertretung in Parlamenten und Beiräten ist bei Menschen mit Migrationsgeschichte – zumal Drittstaatenangehörigen – nicht ausreichend gegeben. Obwohl Deutschland faktisch seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland ist, werden die Interessen von Migrant*innen immer noch zu wenig in der Kommunal-, Landes- oder Bundespolitik repräsentiert. Zahlen machen das Missverhältnis deutlich. In Schleswig-Holstein haben 22,51 Prozent (Stand 2017, <https://bit.ly/2PFkSA6>) der Menschen eine Migrationsgeschichte. Doch der Anteil von Menschen mit Migrationsbezug im Landesparlament liegt bei 1,4 Prozent (Stand 2015, <https://bit.ly/332JWVj>). Sensibel erhobene Zahlen zum Anteil von Mandatstragenden mit Migrationsbezug bei Stadträten für den aktuellen Zeitraum gibt es für Schleswig-Holstein nicht.

Auf diese Situation will das Teilprojekt „Neue Heimat – Räume für Begegnung und interkulturelles Handeln“ in Form von Infoveranstaltungen und Multiplikator*innen-Workshops, nach dem Ansatz der inklusiven politischen Bildung, reagieren. Die Teilnehmenden des

Teilprojektes haben die Möglichkeit mit lokalen Politiker*innen und Mitgliedern aus Beiräten in den Austausch zu kommen und eigene Verbesserungsstrategien zu verfolgen. Zusätzlich können in der Gemeinschaft persönliche Kompetenzen im Bereich Rhetorik, Konflikt- und Frustrationsmanagement erweitert werden.

Rassismuskritische und diversitätssensible Bildungsarbeit

Im Rahmen der Workshops und mit gezieltem Coaching, stärkt das Teilprojekt die Position und Vernetzung von Migrant*innen in der kommunalen Politik und öffnet die Perspektiven bei bisherigen Akteur*innen der Verwaltung, Parteien, Vereinen und Bildungseinrichtungen. Der Ansatz der inklusiven politischen Bildung bedeutet dabei, dass eine rassismuskritische und diversitätssensible Bildungsarbeit die Grundlage der jeweiligen Workshops und Veranstaltungen darstellt. Konkret werden dazu im Vorfeld Bedarfe zur Sprache, familiären Betreuungssituation und weiteren Barrieren erfragt. Basierend auf den angegebenen Bedarfen und Bedürfnissen wird das Angebot ausgerichtet.

Dabei geht das Teilprojekt „Neue Heimat“ in zwei Phasen vor: 1. Sensibilisierung, Empowerment und 2. Vernetzung, Transfer und Nachhaltigkeit. Mit Hilfe von Medienarbeit in den sozialen Netzwerken und kommunalübergreifenden Veranstaltungen über tagesaktuelle und die Teilnehmenden persönlich bewegende Themen und Wünsche wird das Angebot inhaltlich gerahmt.

Aufgrund der aktuellen Covid-19-Pandemie werden die ersten Angebote ausschließlich digital stattfinden. Darüber hinaus hilft es größere Entfernungen und schlechte Bus- und Bahnverbindungen im ländlichen Raum von Schleswig-Holstein zu überwinden.

Die Angebote sind zunächst in den Landkreisen Pinneberg und Herzogtum Lauenburg vorgesehen. Interessent*innen an einer Zusammenarbeit mit dem Projekt oder an einer Teilnahme an den Angeboten können per E-Mail mit Ariane Kehr Kontakt aufnehmen: neue-heimat@frsh.de.

Ariane Kehr ist beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein beschäftigt und leitet das AMIF-Teilprojekt „Neue Heimat“. Die AMIF-Projektpartnerschaft „Transparenz und Respekt“ wird durch Kirstin Streckler und Hanna Thorun koordiniert. Mehr Informationen zu allen Teilprojekten und kooperierenden Trägern auf www.frsh.de

Es ist nie zu spät!

Immer wieder kommt es vor, dass Menschen in prekäre Aufenthaltslagen geraten, weil sie durch das ihnen geltende Labyrinth der Paragraphen nicht durchblicken, nicht wissen wann welche Schritte opportun sind oder dringend anstehen. Andere finden sich plötzlich im Zustand der Ausreisepflicht wieder, obwohl sie einiges an Integrationsleistungen in petto haben, die zuständige Ausländerbehörde das aber nicht interessiert.

Dass der Zug möglichst nicht vorschnell abfährt, ist das Bemühen des Flüchtlingsrats. Dazu organisieren wir eine eigene Rechtsberatung und kooperieren mit dem Beratungsangebot der Refigee Law Clinic. Kontakt: www.frsh.de

Mit Michael Wulf und Solveigh Deutschmann arbeiten seit Jahren zwei versierte Vertreter*innen des Flüchtlingsrats in der Härtefallkommission Schleswig-Holstein (HFK) mit. Dorthin können sich langjährig geduldete und von Ausreisepflicht Betroffene wenden, um einen Aufenthaltsstatus zu erreichen. Betroffene sollten die HFK ggf. mit Unterstützung von Beratungsstellen oder anderen Unterstützenden anrufen. Kontakt: <https://bit.ly/34pmNge>

Solveigh Deutschmann sitzt auch für den Flüchtlingsrat im Landesbeirat für die Abschiebungshaft in Glückstadt und im Forum Flughafenabschiebung Hamburg. Dort haben wir mit ihr einen wachen Blick darauf, ob alles im Wortsinn mit rechten Dingen zugeht und hier nicht Menschen in den Abschiebungsvollzug geraten, die dort nicht hingehören. Kontakt zu Besuchsgruppen, die Abschiebungshäftlinge besuchen, können wir herstellen. solveighdeutschmann@googlemail.com

